

PRESSEMELDUNG

22. September 2020

Europäische Lösung statt deutscher Alleingang

MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung

Der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) wendet sich gegen den aktuellen Gesetzentwurf für ein Lieferkettengesetz. Die MIT setzt sich für ein Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ein, damit es wirkungsvoller ist und nicht nur deutsche Unternehmen einseitig belastet. „Natürlich begrüßen wir es, wenn Menschenrechte und Sozialstandards entlang der Lieferketten künftig besser eingehalten werden sollen“, erklärt MIT-Chef Carsten Linnemann, „aber es muss für Mittelständler praktikabel sein.“ Ansonsten erreiche man genau das Gegenteil. Linnemann: „Ich befürchte, dass sich dann mehr und mehr mittelständische Unternehmen aus den Ländern zurückziehen und Konkurrenten aus China und anderen Ländern mit deutlich weniger Interesse an Sozial- und Umweltstandards das Geschäft übernehmen. Damit wäre niemandem geholfen.“

Das geplante Gesetz sieht vor, dass entlang der gesamten Lieferkette im In- und Ausland bestimmte soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden müssen. Für Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht können die Unternehmen dann haftbar gemacht werden. Für MIT-Vizechef Matthias Heider, zugleich Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, ist das problematisch: „Die Vorstellung, dass jedes einzelne Glied einer Lieferkette von Deutschland aus kontrolliert werden kann, ist schlicht illusorisch. Das kann kein mittelständisches Unternehmen ernsthaft leisten.“ So sei bereits die Herstellung eines einfachen Herrenhemdes häufig mit über 100 Arbeitsschritten verbunden. Heider schlägt daher vor, „die Haftung sinnvoll zu begrenzen, und zwar am besten auf den unmittelbaren Lieferanten“. Weiterhin, so Heider, „sollten wir ernsthaft überlegen, wie wir möglichst viele Bestandteile einer Wertschöpfungskette gar nicht erst ins ferne Ausland verlagern, sondern hier bei uns in Deutschland halten können“. Auf diese Weise könnten Lieferketten leichter nachvollzogen und Verstöße gegen wichtige Sozial- und Umweltstandards einfacher zugeordnet werden.

Linnemann und Heider ziehen ein klares Fazit: „Das Ziel eines Lieferkettengesetzes ist richtig – aber über den Weg zu diesem Ziel müssen wir noch einmal sehr sorgfältig nachdenken, auch auf europäischer Ebene. Schnellschüsse und nationale Alleingänge sind am Ende kontraproduktiv und bringen unserer Wirtschaft nichts als unnötige Wettbewerbsnachteile – ohne dass in der Sache wirklich etwas gewonnen wäre.“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck | Leiter Kommunikation | MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3 | 10117 Berlin | T: 030 220798-17 | struck@mit-bund.de | www.mit-bund.de